

## Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken Debatte über Arbeitszeitverkürzung und politischen Streik

Auf der Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken Ende Oktober in Stuttgart wurden von knapp einhundert TeilnehmerInnen das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken und die anstehenden Aufgaben ausführlich diskutiert. Vertreten waren aktive GewerkschafterInnen von IG Metall, ver.di, GEW, IG Bau sowie Vertreter von Österreichischen und Schweizer Gewerkschaften. Ca. die Hälfte der Teilnehmenden kamen aus der Region Stuttgart, andere u. a. aus München, Essen, Frankfurt, Berlin, Karlsruhe, Tübingen, Wolfsburg, Mannheim, Konstanz, Tuttlingen, Augsburg, Wien und der Schweiz.

### Gewerkschaftspolitik in der Krise – Kämpfen statt Verzichten Abschlussklärung der 11. Konferenz der Gewerkschaftslinken Oktober 2009

#### Jetzt organisieren: Widerstand bis zum Generalstreik!

In der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1929 stehen die Gewerkschaften vor gewaltigen Herausforderungen. Wir brauchen eine **andere politische Orientierung** - weg vom Standort-Deutschland-Denken! Der Konfliktvermeidungskurs, die Politik des Co-Management und der Verzichtvereinbarungen haben sich schon in den vergangenen Jahren fatal ausgewirkt – in der Krise ist dieser Kurs für die abhängig Beschäftigten und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Existenz bedrohend. Gegen Massenentlassungen hilft nur, den Kampf gemeinsam zu führen und nicht zuschauen, wie ein Betrieb nach dem anderen Arbeitsplätze vernichtet, Werke und Standorte schließt. Die Auseinandersetzungen werden härter, deshalb gilt es, andere – **kämpferische, durchsetzungsfähige Widerstandsformen** zu entwickeln. Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen nützt kein Sozialplan – da bedarf es wirksamer Kampfformen bis hin zu **Betriebsbesetzungen**.



Kollegen des Autozulieferers Hohenlockstedter Walz- und Umformtechnik (HWU) im Oktober 2008

#### Gesellschaftliche Bewegung für radikale Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Arbeitszeitverkürzung ist die zentrale Antwort, um

Überkapazitäten abzubauen und Erwerbslosigkeit einzuschränken. Damit kann sich das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder zu unseren Gunsten verändern. Die Arbeitszeitverkürzung wird wirksam, wenn sie in großen Schritten erfolgt. Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre ist ein voller Lohnausgleich notwendig. Um Arbeitsverdichtungen zu verhindern, braucht es Personalausgleich und die Kontrolle der Belegschaft über die Personalplanung. **Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stundenwoche** muss ein gesellschaftliches Projekt, eine gesellschaftliche Bewegung werden. Nur mit einem breiten gewerkschaftsübergreifenden Bündnis werden wir Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können. Eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung ist auch die Abschaffung der **Rente mit 67** Jahren – hin zu einer Rente mit 60.

#### Arbeitszeitverkürzung ist ein Stück Lebensqualität.

Um die Diskussion und die gesellschaftliche Kampagne voran zu bringen, entstand die Idee, ein **Arbeitszeit-Bulletin** ins Leben zu rufen. Der Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken wird diese Idee aufgreifen und umsetzen.

#### Soziale Absicherungen erkämpfen!

Doch auch bei Arbeitszeitverkürzung ist Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern. Erwerbslosigkeit ist im Kapitalismus systemimmanent. Wichtig sind **soziale Absicherungen**, die bei Erwerbslosigkeit vor Armut schützen.

Mittelfristige Ziele sind deshalb: **Arbeitslosengeld I** ohne zeitliche Beschränkung, die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV abzuschaffen und durch ein neues **existenzsicherndes System der sozialen repressionsfreien Grundversorgung** abzulösen. Kurzfristig fordern wir eine Verlängerung vom ALG I auf 3 Jahre, sowie eine Aufstockung von ALG II auf **500 Euro** + Warmmiete und die Abschaffung der damit verbundenen Repressionen und Zumutbarkeiten.

#### Gegen prekären Beschäftigungsverhältnisse

Hartz IV mit seinen Zumutbarkeitsklauseln und Sanktionsmöglichkeiten hat mit entscheidend dazu beigetragen, dass der **Niedriglohnbereich** und die

prekären ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse massiv angestiegen sind. Dem kann nur mit der Durchsetzung eines für alle Branchen gültigen gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 10 € in der Stunde, und zwar lohnsteuerfrei begegnet werden.

Die **ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse** – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs usw. sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Sie spalten Belegschaften und machen erkämpfte Errungenschaften (Tariflöhne, Kündigungsschutz usw.) zunichte. Wie krass aber die Auswirkungen der Krise auf diese Beschäftigtengruppe sind, spüren wir sehr heftig seit dem Beginn der Krise. Sie waren die ersten, die auf die Straße gesetzt wurden – oft sogar direkt in Hartz IV fielen, weil die Beschäftigungszeiten für ALG I nicht reichten oder die Einkommen so niedrig sind, dass ALG II höher ist als ALG I. Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Auch zum Schutze der regulären Beschäftigungsverhältnisse.

### Neue Regierung – neue Angriffe

Die **neue Regierung** hat bereits die **nächsten Angriffe auf soziale und tarifliche Errungenschaften** angekündigt:

- Bei der Gesundheitsvorsorge drohen höhere Beiträge. Eine Kopfpauschale trifft insbesondere Versicherte mit niedrigem Einkommen. Das Einfrieren der Beitragssätze der Unternehmen ist eine weitere Abkehr von der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems.
- Legalisierung einer bis zu 30 prozentigen Unterschreitung von Tariflöhnen, Ablehnung von Mindestlöhnen, Androhung der Aufhebung von bereits eingeführten Branchen-Mindestlöhnen
- Senkung des ALG II durch Pauschalisierungen

Nach wie vor droht eine **Agenda 2020**. Es gilt für Gewerkschaften und soziale Bewegungen rechtzeitig ihre Kräfte zu bündeln, um die **soziale Demontage abzuwehren**.

### Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge

Gerade in Zeiten der Krise könnte eine **Re-Kommunalisierung** bereits privatisierter Bereiche und der massive **Ausbau des öffentlichen Bereichs der Daseinsvorsorge** (also Wasser, Energie, Verkehr, Gesundheit, Pflege, Bildung usw.) ein wichtiges Zukunftsprojekt der Gewerkschaften sein.

Mobilisierungsfähig sowohl bei den betroffenen Einwohnern, als auch bei den Beschäftigten dieser Bereiche. Es würde Beschäftigung schaffen, aber noch wichtiger – die Lebensqualität würde deutlich erhöht werden. In diesem Projekt könnten Debatten über Zukunftsvisionen einer anderen Gesellschaft entstehen, die Notwendigkeit von Vergesellschaftung unter demokratischer Kontrolle beispielhaft in der Bevölkerung bewusst gemacht werden.

### In der Krise – kein Lohnverzicht!

Tarifpolitik in der Krise kann nicht heißen, dass wir auf Lohnerhöhungen verzichten, wie es IGM-Chef Huber angekündigt hat. Dass es möglich ist, in der Krise erfolgreich zu erkämpfen und **Lohnerhöhungen durchzusetzen**, haben die Tarifrunden der ErzieherInnen und der Reinigungskräfte gezeigt. Beide Bereiche gehören nicht zu den traditionell Streik erfahrenen. Im Reinigungsgewerbe kam erschwerend hinzu, dass der Organisationsgrad niedrig ist und es sich um überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse

handelt. Es hat sich gezeigt, dass - wenn der ökonomische Druck nicht reicht - es notwendig ist, politischen und gesellschaftlichen Druck zu entwickeln.

### Politisches Streikrecht zurückerobern!

Die Stärke in den Betrieben kommt in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit politischen Forderungen und gesellschaftlichen Perspektiven verbunden werden. Es gilt, die **Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken**.

Mit **politische Streiks** bis zu einem in Etappen vorbereiteten **Generalstreik** müssen nicht nur kommende Angriffe von Regierung und Kapital abgewehrt, sondern auch soziale und politische Forderungen durchgesetzt werden. Dazu setzen wir uns für den **Aufbau einer Kampagne für die Wahrnehmung des politischen Streikrechts** ein.



Aktion in Stuttgart am 17. September 2009  
Foto von Thomas Trueten - arbeiterfotografie Köln

### Gesellschaftliche Bündnisse aufbauen!

Doch der gesellschaftliche Widerstand kann nicht allein von den Gewerkschaften getragen werden. Es geht darum, **politische und gesellschaftliche Bündnisse** zu schließen, die den gewerkschaftlichen Kämpfen eine höhere Schlagkraft verleihen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihre Bündnispartner als gleichwertig akzeptieren und deren Anliegen ebenso unterstützen. Bündnisarbeit und solidarisches Handeln ist keine Einbahnstraße.

Wir brauchen sowohl breite **regionale Bündnisse** mit gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, betrieblichen Akteuren und Gewerkschaften als auch eine **bundesweite Vernetzung**. Wichtig ist die **Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen** wie Bildungsstreikbewegung, Umwelt- und Ökologiebewegung, soziale Bewegungen, Friedensbewegung, betriebliche Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir müssen längerfristig lokale und vernetzte Strukturen von Protest, Solidarität und Widerstand aufbauen.

### Gewerkschaftspolitik in der Krise heißt Kämpfen statt Verzicht.

Die Zeit für eine andere Gesellschaft ist reif.

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: [www.labournet.de/GewLinke](http://www.labournet.de/GewLinke)

#### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –  
Christiaan Boissevain  
Tel: 06182/782306 / E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)  
Redaktionsschluss: 8. November 2009